

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 1. 80 & vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1. 50 &.



Insertionspreis
der 6-spaltigen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 10 &;
außwärtiger Preis 15 &. — Reklamenpreis 30 &.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 4

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Donnerstag den 10. Januar 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier 9. Januar (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Unter starkem Feuerdruck stehen englische Erkundungsabteilungen gegen den Südrand des Ponthoullier Waldes vor. Einige Kompanien griffen an der Bahn Voefinghe-Schaden an. An keiner Stelle konnte der Feind unsere Linien erreichen; in unserem Feuer hatte er schwere Verluste.

Weiterseits von Lens lebhafteste Artillerietätigkeit. Westlich von Bullecourt fanden mehrfache Handgranatentkämpfe um kleine Grabenposten statt.

Westlich von Flixes brachen die Franzosen am Nachmittag nach heftiger Feuerwirkung in 4 Kilometer Breite zu starken Angriffen vor. An einzelnen Stellen drang der Feind in unsere Positionen. Ein Versuch, über sie hinaus Boden zu gewinnen, scheiterte. Unsere Gegenstöße warfen den Feind im Laufe der Nacht überall in seine Ausgangsstellungen zurück.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine größeren Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Krieg dem Schleichhandel.

Abperrung eines Schleichhandelsweges.

Der Ernährungsbeirat des Kriegsernährungsamts beschloß sich in seiner Sitzung vom 21. Dezember mit allgemeinen Fragen der Bekämpfung der Güterverschleppungen im Schleichhandelswege, sowie insbesondere mit der bekannnten Denkschrift des Magistrats zu Reutlingen. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts nahm hierbei Gelegenheit, die Angriffe richtigzustellen, welche im Anschluß an die genannte Denkschrift gegen ihn als den derzeitigen Leiter des Kriegsernährungsamts erhoben worden sind. Er führte aus, daß es unrichtig sei, von einem Zusammenbruch des Systems Walldow zu sprechen und ihm zu unterstellen, daß er die in der Denkschrift erwähnten Zustände verschuldet oder geduldet habe. Das in der Presse angegriffene System sei das der Festsetzung von Höchstpreisen und der Zwangsbeschaffung der wichtigsten Nahrungsmittel. Dieses System habe und im Kriegsjahre hindurch gestützt und in unserer Lebensmittelförderung gesichert und müsse, solange unsere Abperrung vom Weltmarkt fortbauert, beibehalten werden. Auch im neutralen und feindlichen Ausland habe niemand ein anderes Mittel gefunden, um mit geringen Mengen an Nahrungsmitteln eine möglichst gleichmäßige Verteilung durchzuführen.

Auch der Schleichhandel sei nicht erst in den Zeiten seiner Amtsführung entstanden oder in die Erscheinung getreten. Es müsse allerdings zugegeben werden, daß er im letzten Kriegsjahre einen Umfang angenommen habe, der die allgemeine Versorgung mit Nahrungsmitteln zu gefährden drohe. Es sei daher vom Beginn seines Amtsantritts an sein ernsthaftes Bestreben gewesen, diesem Uebel nach Möglichkeit zu steuern. Dieses Bestreben habe zu einer Reihe von Maßnahmen geführt, die teils schon erfolgt, teils schon seit längerer Zeit in Vorbereitung seien. Er erwähnte als solche eine von ihm als Preussischer Staatsminister erlassene Anweisung an die Regierungspräsidenten, die britischen Polizeistellen anzuhaltend, mit allen Mitteln gegen bekannt gewordene Verfehlungen, von welcher Stelle sie auch ausgehen mögen, einzuschreiten und die Staatsanwaltschaften in ihren Erfuchen, Ermittlungen vorzunehmen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Seit Oktober sei eine Bundesratsverordnung in Vorbereitung, welche den gewerkschaftlichen Schleichhändler, der auch von der allgemeinen öffentlichen Meinung als verächtlich und vaterlandsverrätisch betrachtet werde, unter besonders schweren Strafbestimmungen stellt. Die Unregelmäßigkeiten in Hinsicht auf die Ausstellung von Saattarifen würden durch neue Kontrollmaßnahmen verhindert werden. Die in nicht unerheblichem Umfang vorgekommene Verschleppung von Nahrungsmitteln erwarte er die tatkräftige Mithilfe des Preussischen Eisenbahnministers und der Landeszentralbehörden der anderen Bundesstaaten. Die preussischen kommunalen Aufsichtsbehörden seien angewiesen, etwa bekannt werdende Verfehlungen von Kommunalverbänden mit aller Schärfe zu verfolgen. Er verspreche sich von diesen Maßnahmen eine wesentliche Eindämmung und eine Beseitigung

der gesamten Auswucht des Schleichhandels und der Schleichversorgung.

Wenn durch die allgemeine Bekämpfung des Schleichhandels gewisse Volksteile zeitweilig auf Sonderbelieferungen, an welche sie sich gewöhnt hätten, würden verzichten müssen, so erwarte er von deren vaterländischer Gesinnung, daß sie das ertragen würden. Es sei zu hoffen, daß gerade infolge der Eindämmung des Schleichhandels und der zunehmenden schärferen Erfassung der Vorräte auf dem Lande späterhin ein Ausgleich werde gegeben werden können. Die Erfassung der Vorräte sei tatsächlich in keinem Wirtschaftsjahre so scharf gehandhabt worden wie im laufenden. Er erinnere nur an die Verschärfung der Verordnung über Speisefette und die jetzt in der Durchführung begriffene Aktion zur Erfassung aller Getreidevorräte gegebenenfalls durch Zwangsausbruch und zwangsweise Fortnahme. Es sei seit Untsbeginn sein Bestreben gewesen und werde auch künftighin sein Bestreben sein, den Interessen der Verbraucher, insbesondere in den Großstädten und großen Industriezentren in größtmöglichstem Maße Rechnung zu tragen. Auch in dieser Hinsicht könne von einer Änderung des Systems nicht die Rede sein.

Nach längerer Aussprache erklärte sich der Ernährungsbeirat mit den grundsätzlichen Ausführungen des Herrn Staatssekretärs sowie mit den von ihm getroffenen und beabsichtigten Maßnahmen gegen den Schleichhändler und den Schleichhandel einverstanden. Der Ernährungsbeirat stellte ferner fest, daß er mit dem Staatssekretär und den Vorstandsmitgliedern des Kriegsernährungsamts darin einig sei, daß die Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Bewirtschaftung des Ernährungswesens während der noch bevorstehenden Dauer des Krieges ausgeschlossen ist.

Bezüglich der Reutlinger Denkschrift führte der Staatssekretär weiterhin aus, diese könne nur richtig verstanden und gewertet werden, wenn man die Zusammenhänge in Betracht ziehe, unter denen sie zustande gekommen sei. Der Magistrat Reutlingen stehe unter dem Eindruck eines seit längerer Zeit schwebenden Verfahrens wegen Uebertretung der Saatgutverordnung seitens der Gemeinde. Der Gedanke sei nicht von der Hand zu weisen, daß die Denkschrift die Absicht verfolge, durch Hinweis auf die Vergehen anderer die eigenen Verfehlungen zu entschuldigen. Die Denkschrift enthalte eine Reihe von Unrichtigkeiten und unzutreffenden Verallgemeinerungen. Insbesondere lehnten maßgebende Vertreter anderer Groß-Berliner Kommunalverbände es in entschiedener Weise ab, mit Reutlingen auf die gleiche Stufe gestellt zu werden. Die Denkschrift befände sich bereits in den Händen der Staatsanwaltschaft, welche den einzelnen dort erhobenen Beschuldigungen nachgehe und rücksichtslos gegen alle Verfehlungen einschreiten werde.

Troiki in Brest-Litowsk.

Am Montag vormittag ist Troiki mit den russischen Friedensdelegierten in Brest-Litowsk eingetroffen.

Von diesen Männern, die in den letzten Tagen die verbissenen Reden gehalten haben über den Zwang, mit den deutschen Heerführern und Diplomaten verhandeln zu müssen, erwartet nun Rußland den Frieden. Diese russischen Friedensdelegierten haben sich nicht gescheut, die Verhandlungen in Brest-Litowsk am 28. Dez. durch eine falsche Darstellung in ein unrichtiges Licht zu setzen und es ist dadurch schwer geworden, mit ihnen überhaupt weiter zu verhandeln.

Noch ein zweiter Umstand macht die Lage verwickelt.

Die Vertreter der Ukraine,

des westlichen Teiles von Südrußland, die von der Zentralrada nach Brest-Litowsk geschickt sind, erkennen nicht die Rechte der Petersburger Regierung an, im Namen von ganz Rußland zu verhandeln. Soweit die Ukraine in Frage kommt, wollen sie selbst mit den Mittelmächten über den Frieden verhandeln. Seit mehreren Tagen geschieht dies schon. Die letzte Nachricht über diese Verhandlungen ist vom 6. Januar und lautet:

„Die Besprechungen mit der ukrainischen Abordnung wurden heute in einer Vollsitzung, an der Bevollmächtigte sämtlicher Bundesmächte teilnahmen, fortgesetzt.“

Man darf hoffen, daß diese Verhandlungen zu einer Einigung führen werden. Was im übrigen aus den neuen Verhandlungen in Brest-Litowsk wird, muß abgewartet werden. Für uns, die wir militärisch die Lage völlig beherrschen, ist dies Warten mit seinen Schwierigkeiten verknüpft; für die Russen ist die Lage an der Front aber so, daß jede Verzögerung einer Lösung der Friedensfrage ernste innere Schwierigkeiten für sie bringen muß.

Eine russische Gefahr abt es für uns nach

maßgebender Auffassung unter reinen Umständen mehr, mögen die Brest-Litowsk ausgehen wie sie wollen.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

Zum Bürgerkrieg meldet die Petersburger Telegraphenagentur: In verschiedenen Gouvernements wurden Attentate gegen die Sowjets verübt. Die Tomsker und Gardemangener Sowjetgebäude wurden während der Sitzung angezündet. Alle Lösversuche waren vergebens. In Samara fand eine Explosion im Rathaus statt, wo der Sowjet tagte. Sieben Personen wurden getötet. In der Stadt wurde der Kriegszustand erklärt.

Kerenski's Nachsicht vor der Konstituante.

Der erste Revolutionsminister und Ententefreund Kerenski hat einen Bericht über seine Verwaltung verfaßt, der ihn vor der neuen gesetzgebenden Versammlung rechtfertigen soll. Er beschreibt ausführlich die Lage an der Front während der Juniosoffenbe und Gründe für die Deportation des Jaren nach Tobolsk. Sein Bericht wird der Konstituante vorgelegt werden.

Die Russen gegen die Rumänen.

Ein bolschewistisches Militärblatt veröffentlicht einen Aufruf gegen die rumänische Regierung: „Die Russen sollten ihr nicht materielle Hilfe liefern, sondern die reaktionäre Regierung stürzen.“

Diesem Aufruf zufolge ist die Moldau in ein einziges Lazarett und in einen großen Kirchhof verwandelt. 200 000 Menschen sind an Typhus erkrankt. 80 000 daran gestorben. Die Dörfer werden menschenleer.

Die Sozialdemokratie

hat am Sonntag in der Fraktionsitzung im Reichstage folgenden Beschluß gefaßt:

„Angelehnt der Vorgänge in Brest-Litowsk und des Ansturms der Annexionisten gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut, daß ein freundschaftliches Verhältnis und ein dauernder Frieden nur möglich ist bei echter Durchführung des demokratischen Grundrechts der Selbstbestimmung der Völker.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb, daß den beteiligten Völkern die freie vollkommen unabhängige Willensentscheidung garantiert wird.

Die letzte Entscheidung über die innere und äußere staatsrechtliche Gestaltung der in Betracht kommenden Gebiete muß verfassungsgemäßen, aus allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen Landesversammlungen oder Volksabstimmungen überlassen werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigt einmütig das Verhalten ihrer Vertreter im Hauptauschuß und ist entschlossen, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts zum Zweck verschleielter Annexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Die letzten Zeilen gibt der „Vorwärts“ in ganz bider Schrift wieder.

Russische Streikflüchter.

Der Petersburger Stadtkommandant, Stabskapitän Kasantjew, wurde nach zehntägiger Amtsausübung verhaftet. Die Gründe sind unbekannt.

Wie der „Matka“ berichtet, hat die Entente die ukrainische Republik anerkannt. Die Entsendung eines Botschafters nach Kiew wird als bevorstehend angesehen.

Brest-Litowsk, 8. Jan. Heute nachmittag wurde eine Vorbesprechung zwischen den Vorstehenden der hier versammelten Abordnungen abgehalten, an der teilnahmen Staatssekretär v. Kühlmann, Minister des Auswärtigen Graf Czernin, Justizminister Popow, Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Troiki, Großwesir Talaat-Pascha und der ukrainische Staatssekretär für Handel und Industrie Wiswolod Holubowitsch. Nach der Erörterung von Form und Programmfragen wurde für morgen vormittag 11 Uhr eine Vorführung anberaumt. Später fanden Vorbesprechungen zwischen den Vertretern der Vierbundmächte und den ukrainischen Vertretern statt.

Der Kaiser und die Regenten Polens.

Die Mitglieder des Regimentsrates des Königs von Polen, der Ministerpräsident von Kucharszewski und die anderen Herren der polnischen Deputation sowie die Herren der Begleitung wurden Dienstag mittag von Seiner Majestät dem Kaiser in Gegenwart des Reichstanzlers und des stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Freiherrn v. d. Busche-Gaddenhausen, empfangen.

Bei dem Empfang richtete Fürst Lubomirski namens des Regimentsrates eine Ansprache an den Kaiser.

Der Kaiser antwortete hierauf:
Hochwürdige und erlauchte Herren des Regent-
schaftsrates! Es gereicht Mir zur aufrichtigen Freude,
Sie, als die berufenen Vertreter des polnischen Staa-
tes, in Meiner Haupt- und Residenzstadt begrüßen zu
können. Mit lebhafter Genugtuung entnehme Ich aus
Ihren Worten, daß Sie in den von Meinem hohen
Verbündeten und Mir vollzogenen Akten die Erfül-
lung des langgehegten Wunsches des polnischen Königs
auf Wiedererrichtung eines selbständigen Königs-
reichs Polen erblicken, und daß Sie glauben, Ihrem
Vaterlande am besten zu dienen, wenn Sie in Ge-
meinschaft mit dem Deutschen Reich und der Oester-
reichisch-Ungarischen Monarchie die Ziele verfolgen, die
das Wohl der Menschheit und das friedliche Zusam-
menwirken der Völker verbürgen. Gegenüber dem Ver-
unglimpfung u. der Feinde empfinde Ich es mit Dank,
daß Sie Meinem unablässigen Bemühen, in einer bald
30 jährigen Regierungszeit ein Vorkämpfer und Schir-
mer dieser Grundsätze zu sein, tiefes Verständnis ent-
gegenbringen. Möge es Ihnen, hochwürdige und er-
lauchte Herren, vergönnt sein, in erfolgreicher Arbeit
dem polnischen Staate die Grundlagen zu geben, die
seine friedliche Weiterentwicklung als Element der Ord-
nung, des Fortschritts und der Kultur gewährleisten.
Meiner und Meiner Regierung vollen Unterstützung
wollen Sie hierbei versichert sein.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Verbrecherische Verdächtigungen.

Eine Meldung des amerikanischen Hauptquartiers
aus Frankreich, die weiter erzählt, will von vollstän-
dig vertrauenswürdiger Seite erfahren haben, die
Deutschen beabsichtigen, die amerikanischen
Gefangenen systematisch schlechter zu behandeln, als
die Briten, Franzosen und Italiener. Sie stützt sich
auf eine angeblich deutsche Erklärung, daß die
Amerikaner schwer von Begriff und nicht imstande
seien, sich anständig und gestützt aufzuführen.
Eine solche offizielle Erklärung ist nie erlassen worden.
Die amerikanischen Gefangenen werden genau so
behandelt und rücksichtsvoll behandelt wie alle an-
deren Gefangenen. Die vollständig vertrauenswürdige
Seite, auf die das amerikanische Hauptquartier sich
beruft, dürfte in jenen Kriegsgeheimern zu suchen sein,
die gleichgültige amerikanische Volkstheile mit allen
Mitteln zu wildem Deutungsirrtum aufzufahren suchen.
Besonders in Frankreich, wo man allmählich alle Hoff-
nung auf England aufgegeben hat und nur noch auf
Uncle Sams Hilfe hofft, hat man ja alle Veran-
lassung, den Deutschenhaß in Amerika anzuschärfen.

Verurteilung für Frankreichs Renter.

Der Zentralausschuß des „Sowjet“ beriet einen
Antrag der sozialrevolutionären (offiziellen sozialdemo-
kratischen, Kerenski nahestehenden) Partei, die Ver-
fassunggebende Versammlung möge aus praktischen
Gründen die auswärtige Schuld Rußlands
annullieren. Ein Maximalist (äußerste Linke) und
ein Internationalist bekämpften diesen Vorschlag. Auf
Antrag der beiden Redner lehnte der Ausschuß den
Vorschlag ab.

Annoncenfütter für England.

Von den „Anzac“ (Australian-New-Zealand-Army-
Corps) im englischen Heere hört man nicht mehr viel.
Sie haben ihre Rolle ausgespielt; die Nachkommen
der ehemals aus England nach Australien depor-
tierten Verbrecher haben die Schuld ihrer Väter
auf dem Schlachtfelde gesühnt. Etwa 325 000 Australier
und rund 75 000 Neuseeländer sind bisher vom Stillen
Ozean den weiten Weg bis auf die Schlachtfelder Euro-
pas befördert worden. Aber zurzeit dürften von diesen
höchstens noch 95 000 Australier und vielleicht 25 000
Neuseeländer an der Front stehen. Nach den amtlichen
australischen Verlustlisten haben die fünf australischen
Divisionen mit einer Sollstärke von 100 000 Mann
bis Mitte September nicht weniger als nahezu 108 000
Mann Verluste aufzuweisen (darunter fast 31 000
Tote), und die neuseeländische Regierung beziffert die
Verluste ihrer Streitkräfte bis Anfang August auf
nicht weniger als 33 500 Mann (darunter 7500 Tote).

Zimmer wieder Konferenz.

Das „Echo de Paris“ teilt mit, daß in nächster
Zeit eine neue Konferenz der Ministerpräsidenten der
Alliierten in Paris unter dem Vorsitz von Clemen-
ceau abgehalten wird.

Der U-Boot-Krieg greift weiter.

Die Seegebietserklärung vom 31. Januar 1917
erfährt eine zweite Ergänzung. Diese betrifft zunächst
die Schaffung eines neuen Sperrgebietes um die feind-
lichen Stützpunkte auf den Kapverdischen In-
seln und den Stützpunkt Dakar (an der französisch-
westafrikanischen Küste). Dieses Sperrgebiet gilt vom
11. Januar d. J. an.

Weiter wird bei den Azoren das Sperrgebiet
nach Osten bis über die unfernen Gegenden als Stütz-
punkt dienende Insel Madeira ausgedehnt.

Die erneute Ausdehnung des Sperrgebietes läßt
ohne weiteres darauf schließen, daß in der Gegend
der Azoren und der Kapverdischen Inseln und an
der gegenüberliegenden festländischen Stützpunkte
unserer Feinde entstanden sind, wo die Geleitzüge
zusammengestellt werden und die Handelsschiffe ihre
Sicherheitsfahrzeuge bekommen. Außerdem liegt der
Bedenke nicht fern, daß diese Punkte dem amerika-
nischen Truppentransport und Nachschub
nützlich werden könnten. Die Kapverdischen Inseln sind
ja so wie so im Frieden ein bekannter Schiffsfahrts-
stützpunkt. Schließlich mag für die Einbeziehung der
ganzen festländischen Küste bis zum Kap Palmas auch
die Erkenntnis maßgebend gewesen sein, daß doch von
dort allerlei wichtige Ausfuhr stattfindet. Wir
wollen uns dabei erinnern, daß vor ganz kurzer Zeit
ein größeres U-Boot von einer sehr langen Reise
zurückkehrte, auf der es auch bei den Kapverdischen
Inseln zwei brasilianische, früher deutsche, Dampfer
versenkte.

Die Gebietsausdehnung, die das Sperrgebiet er-
hält, ist ganz gewaltig. Seine südlichste Grenze, das
Kap Palmas, ist auf direktem Wege von Lissabon
nahezu 4000 Seemeilen, also 7400 Kilometer, ent-
fernt. Die Küste Liberias, des britischen Sierra Leone,
französisch und portugiesisch Guineas und französisch
Mauritanien ist jetzt in das Sperrgebiet einbezogen.
Überall dort gibt es brauchbare Häfen und gute Kabel-
verbindungen.

Je weiter wir den U-Boot-Krieg auf den Ozean
hinaustragen, um so mehr müssen unsere Feinde die
Abwehr ausdehnen und ihre Kräfte verteilen.

Amerikas begrenzte Möglichkeiten.

Das Hamburger Kolonialinstitut gibt eine Zeit-
schrift „Wirtschaftsdiens“ heraus. Im 6. Heft ver-
öffentlicht hier Dr. Aug. Raegbein eine peinlich sorg-
fältige Untersuchung über den amerikanischen Fracht-
raum und die Möglichkeit amerikanischer Truppen-
transporte.

Er kommt zu dem Ergebnis, daß im günstigsten
Falle der gesamte Schiffbau der Feinde fortan gerade
ausreichen könne, um monatlich eine 500 000 Tonnen-
U-Bootbeute auszugleichen, daß also größerer Schiffs-
raum als bisher für Truppentransporte nicht gewonnen
werden könne. Mit dieser Tonnage könnten etwa im
Januar 100 000 Mann herübergebracht werden, denen
dann in ca. 1½ monatlichen Abständen 60 000, 40 000
usw. folgten, bis der gesamte Frachtraum durch den sich
mit der Zahl der gelandeten Truppen vergrößernden
Etablierungsverkehr in Anspruch genommen wird. Die
Verwirklichung weiterer Frachtraums für Truppentrans-
porte ist wegen der wachsenden Dringlichkeit des Fracht-
raumbedarfs für die Ententeversorgung nicht wahr-
scheinlich.

Wieder ein Torpedojäger.

Amstisch wird aus London gemeldet: Ein eng-
lischer Torpedojäger wurde im Mitteländischen
Meer torpediert. Mehr Mann kamen dabei um.
Die Wetterburger Friedenshoffnungen.

Die „Branda“, das Organ Troglis, berichtet, daß
die Aussichten auf einen befriedigenden Abschluß der
Friedensverhandlungen sich wieder gebessert hätten.
Troglis verfüge über sämtliche Vollmachten, um einen
Frieden zu schließen. Der voraussichtlich am 18. Jan-
uar zusammentretenden Konstituante würden positive
Ergebnisse vorgelegt werden können.

Die Auffassung des Vatikans.

„Osservatore Romano“, das Organ des Vatikans,
äußert nach Schweizer Blättern zur Rede Lloyd Geo-
orges, daß sie vielleicht der Anfang vom Ende des
Krieges sei. England habe gesagt, was es will, und nicht
wenig Ballast von seinen Kriegszielen über Bord ge-
worfen. Was übrig bleibe, näherte sich den Vorschlägen
des Grafen Czernin in einer Weise, daß es sehr wohl
als Grundlage zu weiterer Aussprache und Verständig-
ung dienen könne.

Weder in Deutschland noch in Oesterreich-Ungarn
wird diese Auffassung geteilt.

Japaner nach Europa.

Ueber Aegypten kommen Nachrichten, wonach Ja-
pan dabei ist, 6-8 Expeditionen von Spezialtruppen,
die für den Tropendienst ausgerüstet sind, nach Europa
zu senden. Die große Mehrheit der japanischen Presse
lehnt dabei immer noch jede Beteiligung Japans ent-
schieden ab.

Neue englische Soldaten.

Englische Blätter melden: Auf Grund einer zwi-
schen Lloyd George und den Delegierten der Gewerk-
schaften zustande gekommenen Verständigung werde es
möglich sein, ungefähr 500 000 neue Soldaten
an die Front zu entsenden.

Wissens Beifall.

In London ist die Nachricht eingetroffen, daß der
Präsident der Vereinigten Staaten Lloyd Georges Rede
als fast Billig.

Von verschiedenen Stellen kommen Berichte über
eine wachsende amerikanische Friedensstimmung.

Deutsch-Ostafrika erhebt sich.

Das „Berliner Tagblatt“ berichtet von besonderer
Seite aus London: In englischen Finanzkreisen wurde
gestern die Nachricht verbreitet, daß im Bezirk Ta-
hora, in Deutsch-Ostafrika, immer noch Widerstand
geleistet werde, und daß die Eingeborenen sich er-
heben hätten. Die Nachricht wurde vom Zensor nicht
freigegeben. — Danach scheinen die Eingeborenen
Deutsch-Ostafrikas die englische Verwaltung doch nicht
so annehmbar zu empfinden, wie es Lloyd George
in seiner letzten Kriegszielrede darzustellen sich be-
müht hat.

Nervosität in Portugal.

Eine halbamtliche Note aus Lissabon besagt: In-
folge schlechten Wetters ließ ein auf dem Tajo anfer-
nes portugiesisches Kriegsschiff seine Nachsirene er-
lösen, was in Verbindung mit den von Ruhestörern
verbreiteten Gerüchten über Unruhen Alarm hervor-
rief. Es verursachte einige Gewehrschüsse, die jedoch
keine Folgen hatten. Einige Telegramme, die dem
Vorfall Bedeutung beimaßen, den einige Leute als
demokratische Gegenrevolution hinstellten, wurden von
der Zensur angehalten.

Portugal will nicht mehr.

Die vier portugiesischen Reserverdivisionen,
die von dem Kriegsminister der gestürzten Regierung
einberufen und zur Ausbildung im Kriege bereits
vier Monate unter den Waffen waren, wurden auf
unbestimmte Zeit beurlaubt und in die Heimat-
bezirke geschickt. Bei dieser Gelegenheit wird bekannt,
daß sich sieben portugiesische Regimenter in Frank-
reich befinden.

Das italienische Amtsblatt veröffentlicht ein
Dekret nach dem ein Ministerium für Pensionen
und militärisches Hilfswesen geschaffen
wird. Zum Vorsteher ist Bissolati ausersehen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Großwesir Ziaaet Pascha selbst ist in Bres-
lau eingetroffen, um die Türkei als Erster Dele-
gierter bei den Friedensverhandlungen zu vertreten.

Die schwedische Handelsflotte hat 1917 86 Schiffe,
nämlich 45 Dampfer, 7 Motorfahrzeuge und 35 Segel-
schiffe verloren. Davon sind 80 einem Unglück zum
Opfer gefallen oder durch Kriegsmassnahmen zerstört
worden.

Politische Rundschau.

— Berlin, 8. Januar.

Der Kaiser hatte am Montag eine etwa einstün-
dige Unterredung mit dem Reichkanzler im Reichs-
kanzlerhaus.

Der Geburtstag des bayerischen Königs wurde
heute in der üblichen Feierlichkeit begangen. König
Ludwig hielt bei der Parade eine Ansprache, aus der
u. a. berichtet wird:

Der König erkannte die Tapferkeit der bayerischen
Truppen an, die wie Löwen gekämpft hätten. Ueberall
seien sie, wie die anderen deutschen Heere, Sieger
geblieben. Trotzdem hätte sich die Zahl der Feinde
immer vermehrt. Möge es gelingen, auch den letzten,
den Amerikaner, zu besiegen. Wir müßten kämpfen,
bis die Feinde unsere Bedingungen annehmen. Es
seien ja unerhörte Forderungen, die sie an uns stellten.
Kein Fußbreit deutschen Bodens dürfe abgegeben wer-
den. Ja, wir müßten unsere Grenzen zu sichern suchen.

Seine Anwesenheit für Kettenhändler und Preis-
wucherer. In Bayern verurteilte der König einen Sna-
denerlaß anlässlich seines 73. Geburtstages. Ausge-
nommen von der allgemeinen Niedererschlagung und dem
allgemeinen Straferlaß sind Vergehen gegen § 6 des
Hochpreisgesetzes, gegen § 5 der Bekanntmachung gegen
übermäßige Preissteigerung und gegen § 11 der Ver-
ordnung über den Handel mit Lebens- und Futter-
mitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels. Diese
Bestimmung wird weitesten Beifall finden.

Offizierhand und Dissidenten. In Beantwortung
einer Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten
Reus hat der Reichskanzler (Reichsamt des Innern)
erklärt, daß Dissidenten zu Offizieren befördert werden
können, wenn sie sich nach ihren Anschauungen und
Handlungen, ihrer Haltung und militärischen Aus-
bildung, zur Beförderung eignen.

Der kommende Handelsvertrag mit Oesterreich.
Der Zentrumsabgeordnete Dr. Trendel hat folgende
kleine Anfrage im Reichstag eingebracht: „Seit einiger
Zeit finden Verhandlungen zwischen Deutschland und
Oesterreich-Ungarn über die zukünftige gegenseitige
Handels- und Wirtschaftspolitik statt. Nach Zeitungs-
berichten soll der Zoll für Brotgetreide zwischen Bayern
und Oesterreich-Ungarn, ebenso der Zoll auf Hopfen,
Obst, Wein und Vieh fallen. Diese zollpolitischen
Maßnahmen rufen in der süddeutschen, vor allem in
der bayerischen Landwirtschaft, große Beunruhigung
hervor, denn sie bedrohen die Existenz des bayerischen
Bauernstandes. Sind diese Mitteilungen richtig? Was
gedenkt der Herr Reichkanzler zum Schutze der bayeri-
schen Landwirtschaft zu tun?“

Wallraf preussischer Staatsminister. Der Kai-
ser hat den Staatssekretär des Innern, Eggellenz Wall-
raf, zum Staatsminister und Mitglied des Staats-
ministers ernannt.

Der preussische Staatshaushalt für 1918 ist
fertiggestellt und wird dem Abgeordnetenhaus vor-
ausichtlich am 16. Januar vorgelegt. Das Haus tritt
bekanntlich am 15. Januar wieder zusammen.

Der Hauptausschuß des Reichstages beendete am
Dienstag die vertraulichen Beratungen über die deutsch-
russischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen nach
dem Kriege.

Zu Beginn der Sitzung beglückwünschte der Vor-
sitzende, Abg. Fehrenbach, unter lebhaftem Bei-
fall des Ausschusses das finnische Volk, daß es nun-
mehr die Anerkennung Rußlands, Schwedens und des
Deutschen Reiches für die lang ersehnte staatliche
Selbstständigkeit gefunden habe. Er gab der Hoffnung
Ausdruck, daß der Erfolg der Finnländer von Dauer
sein werde und zum Wohle aller Beteiligten auch
gute Früchte für die politischen und wirtschaftlichen
Beziehungen zu Deutschland bringen werde.

Die deutschen Unterhändler in Breslau.
verteidigt die „Nordb. Allg. Ztg.“, indem sie schreibt:
„In einer Zuschrift des „Berliner Lokalanzeigers“
aus parlamentarischen Kreisen wird über die Ver-
handlungen in Breslau berichtet, die auch anderwärts auf-
getauchte Behauptung wiedergegeben, daß die deut-
schen Bevollmächtigten von der ihnen mitgegebenen
Marschroute abgewichen“ seien. Diese Behauptung
trifft nicht zu. Weder für den bisherigen
noch für den künftigen Gang der Verhandlungen kann
die Rede davon sein, daß die deutschen Bevollmächtigten
etwas anderes erstreben und vertreten als das, was sie
nach ihren Instruktionen zu vertreten haben.“

Aus dem sächsischen Parlament. Ein sächsischer
Ausschuß für Uebergangswirtschaft ist im Ministerium
des Innern begründet worden. Er umfaßt etwa 180
Mitglieder, die sämtlichen Berufsgruppen, unter Ein-
schluß der Verbraucher und unter Berücksichtigung aller
Teile des Landes entnommen sind. — Die fortschrittliche
Fraktion der zweiten sächsischen Kammer hat bean-
tragt, den Beamten, Volksschullehrern, Diakonen und
den Staatsarbeitern, nach dem Beispiel Preußens, ein-
malige Feuerungszulagen und weitere laufende
Feuerungszulagen zu gewähren, ebenso den Pensionä-
ren und ihren Hinterbliebenen.

Finnland: Anerkennung der Selbstständigkeit.

Pariser Zeitungen melden aus Kopenhagen, daß
Norwegen die finnische Republik anerkannte. Dem
„Temps“ wird aus Kopenhagen berichtet: Die dänische
Regierung wird sich Schweden anschließen und die Un-
abhängigkeit Finnlands demnächst anerkennen.

Lokales und Provinzielles.

Geisenheim, 10. Jan. Seit dem 1. Januar ist
für den Rheingaukreis der Verbrauch von Zucker neu ge-
regelt. In einer Bekanntmachung des Kreisaußschusses heißt
es: Jeder Versorgungsberechtigte Einwohner des Rheingau-
kreises erhält bis auf weiteres monatlich 625 Gramm Zucker.
Die Apotheken, Gasthäuser, Bäckereien und Konditoreien,
sowie die anderen Betriebe der Lebensmittelgewerbe, die ihre
Erzeugnisse in der Hauptsache zum Verbrauch innerhalb
des Rheingaukreises an Verbraucher oder an Kleinhandl-
er abgeben, erhalten Zucker für ihren Gewerbebetrieb unter
Berücksichtigung des bisherigen Geschäftsumfanges nach
Maßgabe des nachgewiesenen Bedarfs und der verfügbaren
Mengen. Die Abgabe des Zuckers darf nur gegen Lebens-
mittellarte erfolgen. Zuwiderhandlungen gegen die obigen
Vorschriften werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre
und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser
Strafen bestraft.

Wahlkassen bei der Post. Einer Mitteilung der
Reichsbekleidungsstelle folgend hat die Reichs-Post- und
Telegraphenverwaltung Wahlkassen eingerichtet, in denen
beschäftigte Dienstleister für die Beamten, Unter-
beamten und Arbeiter ausbekehrt und zum weiteren

WTB Brest-Litowsk, 10. Januar
In der heute Vormittag abgehaltenen Sitzung
erklärte sich die russische Delegation bereit,
die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk
fortzusetzen. Ferner stellten sie fest, daß die
vom Wolff-Telegraphen-Büro veröffentlichte
Darstellung über die Verhandlungen der
Sitzung vom 28. Dezember dem tatsächlichen
Hergange entspricht. Die von der Peters-
burger Telegraphenagentur verbreitete Nachricht
über den Verlauf der Sitzung wurde russischer-
seits als unrichtig bezeichnet.

Die Invaliden-Zulagen.

Der Bundesrat hat am Freitag über die Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witrerrente aus der Invalidenversicherung Beschluß gefaßt.

Der wesentliche Umfang der Verordnung ist folgender: Wer aus der Arbeiterversicherung eine Invalidenrente oder eine Krankenrente bezieht, also auf der Post eine Rentenzahlung mit dem Buchstaben J (hellgrünes Papier) oder K (hellgelbes Papier) vorzeigen muß, erhält vom 1. Februar 1918 ab monatlich acht Mark Zulage. Personen, welche eine Witwen- oder Witrerrente erhalten, die beim Empfang ihrer Rente also eine Quittung mit dem Buchstaben W (dunkelgelbes Papier) oder WK (grünes Papier) vorweisen müssen, erhalten ebenfalls vom 1. Februar 1918 ab eine monatliche Zulage von vier Mark. Empfänger von Alters- und Waisenrenten erhalten keine Zulage.

Die Zulage wird ohne besondere Anweisung der Landesversicherungsanstalt oder der Kasse, von der er seine Rente bezieht, durch die Post ausgezahlt. Der Empfänger muß sich nur rechtzeitig eine besondere Quittung besorgen, die er bei der Stelle, die ihm die Bescheinigungen auf der Rentenzahlung erteilt, erhalten kann. Auch die Postanstalt wird Quittungsmuster bereit halten.

Die Beglaubigung der von dem berechtigten Empfänger ausgefüllten und unterschriebenen Quittungen geschieht in einfacher Weise durch Ausdrückung eines öffentlichen Siegels.

Die Zulage ist gleichzeitig mit der Rente zu erhalten; die Zulage kann aber auch nachträglich gezahlt werden, jedoch werden nach dem 30. Juni 1919 gestellte Ansprüche auf Zahlung der Zulage für Monate des Jahres 1918 nicht mehr berücksichtigt.

Die Zulage wird nur für volle Monate gewährt. Beginn zum Beispiel die Rente am 3. April 1918, so beginnt die Zahlung der Zulage erst am 1. Mai 1918. Ist dagegen ein berechtigter Rentenempfänger am 2. März 1918 gestorben, so erhalten die Hinterbliebenen, denen die Rente des Verstorbenen ausgezahlt wird, die Zulage für den Monat März im vollen Betrage.

Vorläufig ist die Zahlung von Zulagen nur für elf Monate des Jahres 1918 (vom 1. Februar bis 31. Dezember) in Aussicht genommen, doch ist zu erwarten, daß den Empfängern von Invaliden-, Witwen- oder Witrerrenten auch nach dem 31. Dezember 1918 Zulagen zu ihren Renten, vielleicht in etwas geringerer Höhe, von den gesetzgebenden Körperschaften bereitgestellt werden.

Für die Empfänger einer Unfallrente, deren Erwerbsfähigkeit in gleicher Weise wie die der Invalidenempfänger beschränkt ist, wird demnächst eine ähnliche erweiterte Fürsorge getroffen werden.

Welche Steuern muß ich während der Dienstzeit zahlen.

1. Das Militäreinkommen und die Staatssteuer.

Grund ist für den Kriegsteilnehmer wichtig zu wissen, daß von der Besteuerung ausgeschlossen und daher bei Berechnung der Staatseinkommensteuer stets außer Ansatz zu lassen ist das Militäreinkommen aller Angehörigen des aktiven Heeres und der aktiven Marine, ebenso des zum Dienst einberufenen Landsturmpflichtigen, und zwar solange sie zu einem in der Kriegsförderung befindlichen Teil des Heeres oder der Marine gehören.

Diese Bestimmung tritt in Kraft mit dem Tage des Eintritts in das Heer.

2. Das Zivileinkommen und die Staatssteuer.

Die Besteuerung des Zivileinkommens der Kriegsteilnehmer erfährt in den meisten deutschen Bundesstaaten infolge einer Aenderung, als für sie die Grenze des steuerfreien Einkommens erheblich erweitert ist. Im Frieden und auch jetzt bei Nichtkriegsteilnehmern bleibt ein Einkommen steuerfrei, das eine in den einzelnen Bundesstaaten zwischen 300 und 900 Mark schwankende Höhe (Existenzminimum) nicht überschreitet. Für die Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, solange sie sich im Kriegsdienst

befinden, bleibt ein erheblich höheres Einkommen von der nach dem Einkommensteuergesetz veranlagten Steuer befreit. Nach einer Rundfrage, die von der Zentralstelle der Lazarettberatung des Roten Kreuzes Frankfurt veranstaltet wurde, bestehen für die Steuerpflicht der Kriegsteilnehmer in den deutschen Bundesstaaten folgende Bestimmungen:

Es bleiben steuerfrei (oder es bleibt die veranlagte Steuer un erhoben) in Mecklenburg, Sachsen-Meiningen und Schaumburg-Lippe Einkommen bis 1500 Mark, in Schwarzburg-Sondershausen bis 2000 Mark, in Meckl. L. bis 2400 Mark, in Hessen bis 2600 Mark, in Preußen, Sachsen-Weimar, Anhalt, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Lippe-Deilmold und Lübeck bis 3000 Mark, in Württemberg bis 3200 Mark, in Oldenburg bis 3600 Mark. In Meckl. L. ist steuerfrei bei Unverheirateten ein Einkommen bis 1200 Mark, bei kinderlos Verheirateten bis 2000 Mark, bei Verheirateten mit 2 Kindern bis 2400 Mark, mit 4 Kindern 2700 Mark, mit mehr Kindern 3000 Mark, wobei jedoch bei Unteroffizieren ohne Portepee um 200 Mark geringere Sätze gelten und Unteroffizieren mit Portepee Befreiung nicht zusteht (dabei ist jedoch Voraussetzung, daß der Kriegsteilnehmer nicht über 40 000 Mark Vermögen hat). In Sachsen-Coburg-Gotha ist ein Einkommen von Kriegsteilnehmern bis 1800 Mark steuerfrei, doch sollen auch die Steuern von Kriegsteilnehmern mit Einkommen über 1800 Mark auf Antrag gestundet werden. Auch in Anhalt hat die Finanzdirektion die Ermächtigung, während des laufenden Steuerjahres zur Vermeidung unbilliger Härten veranlagte Steuern zu ermäßigen oder ganz zu erlassen.

Keine Ausnahme-Bestimmungen hinsichtlich der Steuer von Kriegsteilnehmern kennen Bayern, Sachsen, Baden, Schwarzburg-Rudolstadt und Waldeck, so daß hier der Kriegsteilnehmer, abgesehen von seinem Militäreinkommen, keine Steuerbefreiung genießt. In Elsaß-Lothringen, das anstelle der Einkommensteuern Ertragssteuern (Kapitalrenten, Lohn- und Besoldungs-, Gewerbe-, Gebäude- und Grundsteuern) hat, bestehen ebenfalls keine Steuerbefreiungen für Kriegsteilnehmer; es wird aber bei Zahlungsschwierigkeiten für veranlagte Steuern Stundung gewährt, doch ist, um unnötige Betreibungsmassnahmen zu vermeiden, zu empfehlen, daß die Stundung, bei der zuständigen Kasse oder bei der Direktion der direkten Steuern in Elsaß-Lothringen beantragt wird. In Hamburg und Bremen, wo Ausnahme-Bestimmungen gleichfalls nicht bestehen, hat die Steuerdeputation das Recht, auf Antrag in besonderen Fällen aus Billigkeitsgründen die Einkommensteuer von Militärpersonen zu erlassen oder zu ermäßigen.

3. Die Gemeindesteuer.

Von der Gemeindesteuer ist jeder befreit, der den Wohnsitz (Wohnung) in der Gemeinde angegeben hat. Wesen Familie jedoch den Wohnsitz beibehalten hat, ist an sich steuerpflichtig; ebenso hat, wer Grundbesitz oder einen Gewerbebetrieb in einer Gemeinde hat, dafür Grund- oder Gewerbesteuer zu zahlen.

Im übrigen gilt in einigen deutschen Staaten für das Einkommen der Kriegsteilnehmer hinsichtlich der Gemeindesteuer das gleiche wie hinsichtlich der Staatssteuer. So ist auch hier das Militäreinkommen steuerfrei und es tritt auch hier bei der gleichen Stufe Steuerbefreiung ein in Württemberg, Hessen, Anhalt und Schaumburg-Lippe. (Waldeck kennt keine Gemeindesteuer.)

Bremen und Elsaß-Lothringen haben die gleichen Bestimmungen hinsichtlich beider Steuern. Bremen gebensfalls Erlass oder Ermäßigung, Elsaß-Lothringen Stundung. Baden, Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck kennen auch hinsichtlich der Gemeindesteuer keine Befreiung. (Baden nur für in Baden garnisonierende Offiziere.) Für Bayern und Schwarzburg-Rudolstadt gilt etwa das gleiche für die Gemeindesteuer wie für die Staatssteuer: es gibt keine Ausnahme-Bestimmung für Kriegsteilnehmer. Auch im Königreich Sach. gibt es, abgesehen von gewissen Steuerbefreiungen für Militärpersonen des Friedensstandes eine Steuerbefreiung nicht. Hamburg kennt im Stadtgebiet keine Gemeindesteuer, in den Landgebieten wird diese dagegen erhoben.

In anderen Staaten, so in Preußen, Mecklenburg, Oldenburg, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Rudolstadt, Sachsen-Meiningen,

Lippe-Deilmold, Meckl. L., Meckl. J. L., Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck ist die Regelung der Frage hinsichtlich der Steuerbefreiung bei Gemeindesteuern der jeweiligen Gemeinde überlassen, der der Steuerpflichtige angehört. In der Regel werden wohl die kapitalstärkeren Gemeinden von der Erhebung der Steuern im gleichen Maße absehen wie der Staat.

In Sachsen-Meiningen ist das Einkommen gemeindeumlagefrei, soweit es eine Höhe von 900 Mark nicht mehr erreicht.

Die Kirchensteuer, die sich nach der Staatssteuer richtet, wird vielfach erhoben, auch wo die Staatssteuer un erhoben bleibt.

Amerikas Kriegsmacht im Urteil der Neutralen.

Je mehr Wunderdinge man sich bei den Völkern der Entente von dem amerikanischen Riesenhäute verspricht, das im Laufe des Jahres das Sternbanner über den blutigen Gefilden Frankreichs wehen lassen wird, desto skeptischer sind die Ansichten, die man in der neutralen Presse darüber liest. Die Holländer haben jedenfalls, wie ein Aufsatz im „Maasbode“ beweist, von der amerikanischen Kriegsmacht keine allzu hohe Meinung. Die amerikanische Armee, so heißt es da, kann ihre Kriegserinnerungen allein in dem tierischen Vernichtungskriege gegen die Rothhäute, in dem spanischen Krieg und schließlich in den noch jungen mexikanischen Angelegenheiten suchen. In dem letztgenannten Abenteuer hat die amerikanische Kriegsmacht eine recht traurige Rolle gespielt. Das amerikanische Heer erlitt Schlappen, die ein einigermaßen kräftiges Heer mit gutem militärischem Geist niemals so gleichgültig ertragen hätte, wie es die amerikanischen Truppen getan haben. Diese großartige Kriegsmacht, die jetzt das Geschick Europas bestimmen soll, mußte sich zweimal einer handvoll mexikanischer Strauchdiebe ergeben.

Die amerikanischen Offiziere haben sehr mit technischen Schwierigkeiten, vor allem mit mangelhafter Munition, zu kämpfen. Es klingt beinahe unglaublich, aber es scheint doch wahr zu sein, daß Amerika als es sich an diesem Krieg beteiligte, kaum genug Pulver besaß, um von Zeit zu Zeit einen Salutsschuß abgeben zu können. Wahr ist jedenfalls, daß der amerikanische Marineminister, während sich das Land auf dem Höhepunkt seiner Munitionsfabrikation befand, mit einer englischen Firma einen Kontrakt über Pulver- und Geschosslieferungen abschloß. Die Gründe hierfür sind jedenfalls in der Beschaffenheit der amerikanischen Munition zu suchen. Letztere erwies sich bei Untersuchung als derartig unbrauchbar, daß sie nicht weiter auf der Flotte verwendet werden konnte. Während eines Aufenthaltes in Amerika hörten wir eine traurige Geschichte über amerikanische Kanonenkugeln, die an der englischen Front verwendet worden waren. Große Mengen dieser Munition, die die angreifende Infanterie unterstützen sollte, explodierten zu früh und überschütteten die eigenen Truppen mit ihrem tödlichen Inhalt. Die weiter entfernt liegenden Schützengraben des Feindes blieben unversehrt. Außerdem hat General Pershing bei seinem Eintreffen in Europa ein Drittel aller mitgebrachten Munition als unbrauchbar erklärt.

Was von der amerikanischen Disziplin bekannt ist, gibt auch ein eigenartiges Bild. So wurde beispielsweise während der mexikanischen Expedition die nationale Garde zur Front geschickt. Als sich in dem Transportzug keine Schlafwagen für die Offiziere fanden, verließen diese am Abend den Zug und erlärten, nicht eher weiterzufahren, als bis dem Mangel abgeholfen wäre. Ein anderer Truppenteil fand die Verpflegung im Zuge während des Transports unzureichend. Auf irgend einer Station verließen daher alle Mannschaften den Zug, pflünderten sämtliche Wägen des Ortes und kamen einige Stunden später wieder zum Zug zurück, bereit, die Reise fortzusetzen. Selbst auf dem mexikanischen Kriegsschauplatz hörten diese Disziplinlosigkeiten nicht auf. Als einmal Offiziere das Lagerleben zu langweilig fanden, nahmen sie alle Militärautos aus dem Wagenpark und machten damit Fahrten in die Umgebung.

Bekanntmachung.

Von Dienstag den 15. d. Mts. an kommt in den Kolonialwarenhandlungen

Marmelade

zum Verkauf. Auf die Person entfallen 400 Gramm zum Preise von 75 Pfg.

Die Vorlage der Karten zwecks Abtrennung des Bezugsabschnittes Nr. 4 hat vom 11. bis 13. d. Mts. zu erfolgen.

Spätere Anmeldungen werden der Zuteilung wegen nicht mehr berücksichtigt.

Geisenheim, den 10. Januar 1918.

Der Bürgermeister. J. B. Kremer, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Bezugscheine für Web-, Wirt- und Strickwaren, Schuhe usw. werden nur noch Donnerstags von 9 bis 12 Uhr vormittags ausgestellt.

Geisenheim, den 9. Januar 1918.

Der Magistrat. Kremer, Beigeordneter.

Beste Qualität Syrup

(markenfrei)

ist zu haben bei

Anton Warzelhan,
Landstraße 39.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden unseres nun in Gott ruhenden Vaters, Schwiegervaters, Großvaters und Onkels, besonders für die schönen Kranzspenden und die zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung sagen wir aufrichtigen und herzlichen Dank.

Geschwister Vollmer.

Geisenheim, Freiburg i. Br., Frankfurt a. M., Wendorf, Forst i. L., Falkenberg (Holland), den 10. Januar 1918.

Zahn-Atelier Hans Sebök

ehemal. erster Techniker bei Herrn Univ.-Professor Dr. Mayrhofer, sowie am zahnärztl. Institut der K. K. Universität Innsbruck und der Königl. Universitäts-Zahnklinik Budapest

Fluchtmarkt

Bingen

Ecke Amtstr.

— Modern und erstklassig, streng hygienisch eingerichtetes Atelier. —

Künstl. Zähne, Kronen- u. Brückenarbeiten, Plomben

usw. in nur erstklassig vollendeter Ausführung.

Schonende, gewissenhafte Behandlung zu massigen Preisen.

Prima Flaschenbier in und außer dem Hause Hotel zur Linde.

Alle Sorten

Gemüse

Blumenkohl, Schwarzwurz, Wirsing, Weißkraut, Kraut, Kohlrabi, Endivien, u. Feldsalat, Grünes, Merrettig, Gelberüben, gelbe u. weiße Erbsen, Trüffel, Eingemachte Rüben p. p.

Mit Obst:

Ess- u. Kochäpfel, Tafel-Genf, Drenae-Extrakt

Gregor Dillmann
Marktstraße.

Arbeiter und Arbeiterinnen
nimmt ständig an

Chemische Fabrik,
Winkel.

Besuchskarten:
Buchdruckerei Jander